

# Mit diesem Krieg ist kein Frieden mehr zu machen



**Erklärung und Positionspapier zu Afghanistan**

(Sommer 2007)



# **Mit diesem Krieg ist kein Frieden mehr zu machen**

## **Erklärung und Positionspapier zu Afghanistan**

- 1. Realismus und Weitblick (Seite 1)**
  - 2. Operation Enduring War und ISAF (Seite 3)**
  - 3. Die RECCE-Tornados (Seite 5)**
  - 4. Petersberg 2: Dreistufiger Befriedungs- und Friedensplan für Afghanistan (Seite 6)**
  - 5. Schlussbemerkung (Seite 9)**
- ErstunterzeichnerInnen (Seite 10)**
- UnterstützerInnen (Seite 12)**

# Mit diesem Krieg ist kein Frieden mehr zu machen

## 1. Realismus und Weitblick

"Wenn man einen falschen Weg einschlägt, verirrt man sich um so mehr, je schneller man geht. Und wie könnte man zum Ausgangspunkt zurückkehren, wenn man einen unermesslichen Raum durchlaufen hat? Die Erschöpfung der Kräfte lässt dies nicht zu; die Eitelkeit sträubt sich dagegen, ohne dass man es bemerkt; das hartnäckige Festhalten an den Prinzipien verbreitet über die ganze Umgebung einen falschen Schein, der die Gegenstände entstellt. Man sieht sie nicht mehr, wie sie sind, sondern wie sie sein sollten."<sup>1</sup>

„Ich sage mal, auch wenn es nach Masochismus aussieht: Ich freue mich auf eine qualifizierte Debatte“, sagte Renate Künast in einem Fernsehinterview, nachdem der Bundesvorstand am 13.07.2007 in der Presse die Einberufung einer Sonder-BDK auf Initiative der Kreisverbände verkündete. Mit dem einstimmigen Beschluss des KV Darmstadt (Hessen) vom 03.07.2007 wurde das notwendige Quorum von 44 Kreisverbänden erreicht. Wir schließen uns dieser Freude an, nicht der Freude über den vermeintlichen „Masochismus“ der Partei wohlgermerkt, sondern der über die qualifizierte Debatte.

Selbstverständlich gehört zur Qualität der Debatte eine realistische und ungeschönte Darstellung der Entwicklung des Konflikts in Afghanistan.

„Es ist daher allemal klüger, sich ihren Herausforderungen mit Weitblick und sehr viel Realismus zu stellen.“<sup>2</sup>

Stellen wir uns diesem Realismus, so müssen wir leider auch feststellen, dass die Entwicklung in Afghanistan bereits in 2006 und zunehmend in diesem Jahr in Richtung einer militärischen Eskalation verläuft. So nennen Experten, wie der ehemalige Oberbefehlshaber der US-Truppen in Afghanistan, der US-Generalleutnant Karl Eikenberry<sup>3</sup>, folgende alarmierenden Zahlen:

Art der Attacke	2005	2006
- Selbstmordattentate	27	139
- Straßenbomben	783	1.677
- Direkt-Angriffe (leichte Waffen, Granaten etc.)	1.588	4.542



<sup>1</sup> Denis Diderot, Pensées sur l'interprétation de la nature, Paris 1753.

<sup>2</sup> Joschka Fischer, Die Rückkehr der Geschichte, Köln 2006, S. 20.

<sup>3</sup> In: New York Times, 17.01.2007.

Bereits jetzt ist die Rede von einer drohenden „Irakisierung Afghanistans“, von einem asymmetrischen und dauerhaften Abnutzungskrieg mit unverhältnismäßig vielen zivilen Toten, der nicht zu gewinnen ist, das Land dauerhaft destabilisieren und erneut zur Brutstätte für den islamistischen Terrorismus machen könnte. Dass die Eskalation des Militärischen von beiden Seiten betrieben wird und auf Seiten der NATO sowohl OEF (*Operation Enduring Freedom*) und ISAF (*International Security Assistance Force*) betrifft, wird vor allem von ExpertInnen vor Ort bestätigt. Die diesbezügliche Informationspolitik der Bundesregierung gegenüber dem Bundestag muss als äußerst mangelhaft bezeichnet werden, wie die Antwort vom 19.06.2007 auf eine Kleine Anfrage zeigt:

„Die operativen Details der ISAF-Operationsführung unterliegen der Geheimhaltung. Der Bundesregierung liegen keine belastbaren Erkenntnisse über die Anzahl der zivilen Opfer in Afghanistan vor.“<sup>1</sup>

Konkreter wurde ein Sprecher der UN-Mission in Kabul, der Anfang Juli 2007 gegenüber der Nachrichtenagentur AFP sagte, seit Jahresbeginn seien bei Kämpfen in Afghanistan „rund 600 Zivilisten getötet“ worden.<sup>2</sup>

Deutlichere Worte als die Bundesregierung fand auch deren militärpolitischer Berater in Kabul, der in einem internen Schreiben an Außenminister Frank-Walter Steinmeier vom 13.05.2007<sup>3</sup> die "Eskalation der militärischen Gewalt in Afghanistan" kritisierte. Es sei "unerträglich, dass unsere Koalitionstruppen und ISAF inzwischen bewusst Teile der Zivilbevölkerung und damit erhoffte Keime einer Zivilgesellschaft bekämpfen. Westliche Jagdbomber und Kampfhubschrauber verbreiten Angst und Schrecken unter der Zivilbevölkerung." "Wir sind dabei, durch diese unverhältnismäßige militärische Gewalt das Vertrauen der Afghanen zu verlieren", heißt es in dem Brief an den deutschen Außenminister weiter. Deutliche Kritik übt der militärpolitische Berater auch an der Informationspolitik der ISAF-Führung. Politikern und Parlamentariern gegenüber werde "die militärische Lage unzulässig geschönt dargestellt. Auch deutsche Generäle beschönigen oder verschweigen eigene Probleme." Dabei sprächen "die ständigen Forderungen nach Truppenverstärkung, die steigenden Kosten des militärischen Engagements, das Anwachsen eigener Verluste und die wachsende Zahl ziviler Opfer eine eigene Sprache", mit der "die Ungeeignetheit und Ausweglosigkeit militärischer Gewalt als Lösung der inneren und äußeren Probleme Afghanistans" zum Ausdruck käme.

Wie jene "Eskalation der militärischen Gewalt in Afghanistan" unter offensichtlicher Inkaufnahme hoher ziviler Opferzahlen in der taktischen Kampfführung vor Ort konkret aussieht, hat Jürgen Trittin am 16.06.2007 in einer Rede vor dem Deutschen Bundestag eindringlich dargestellt:

„In der Provinz Shindand fand eine OEF-Operation statt - ohne Wissen von ISAF. Sie verstrickte sich in einen Hinterhalt und konnte sich nicht wieder zurückziehen. Was tat sie? Sie bat um Hilfe - bei ISAF. ISAF gewährte die selbstverständlich, schickte einen italienischen Hubschrauber mit Wasser und Munition. Das half nicht. Die Kämpfe gingen weiter. Ein weiterer Hilferuf der dort bedrohten OEF-Soldaten - und ein holländisches Kampfflugzeug, eine F 16, bombardierte von diesen Truppen markierte Häuser. Damit war der Kampf vorüber. 136 Tote, darunter allerdings 50 Frauen und Kinder, zum Teil ertrunken auf der Flucht vor den Bomben in einem Fluss, der leider in diesen Tagen Hochwasser führte.“

<sup>1</sup> 19.06.2007: Aus der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Paul Schäfer (Köln), Heike Hänsel, Inge Höger, Dr. Norman Paech und der Fraktion DIE LINKE. – Drucksache 16/5517 –

<sup>2</sup> AFP, 04.07.2007.

<sup>3</sup> ARD-Magazin MONITOR vom 31.05.2007, ARD: 21:45 Uhr. Der Absender des Briefes ist seit Juli 2006 militärpolitischer Berater der Bundesregierung an der deutschen Botschaft in Kabul und war zuvor Leiter Aufklärung und Sicherheit der "Kabul Multinational Brigade" der ISAF.

Meine Damen und Herren, dass wir uns nicht missverstehen: Dies ist nicht die Darstellung der afghanischen Seite oder der anderen Kriegsteilnehmer, sondern die Darstellung, die der Kollege Nachtwei, die Kollegin Künast und ich vom ISAF-Hauptquartier von diesem Vorfall bekommen haben. Dort war der Vorfall sehr gut bekannt, weil die gesamten Kampfhandlungen an dieser Stelle von einer Drohne überwacht worden sind.“<sup>1</sup>

Mit jedem durch die NATO in solcherlei offensiven Kampfhandlungen getöteten Zivilisten, mit jeder toten Schwester, jedem Bruder, jedem Kind oder Elternteil, schwindet das Vertrauen in den Familien Afghanistans in den zivilen Aufbau und die Befriedung des Landes. Auch RegierungsexpertInnen in Berlin sehen die Lage in Afghanistan äußerst kritisch. Die WELT AM SONNTAG berichtete unter Berufung auf Dokumente des Auswärtiges Amt und des Verteidigungsministeriums, nicht nur die Zahl der Anschläge sei gestiegen. Im Vergleich zum Vorjahr habe auch deren militärische Qualität durch subtilere Vorgehensweisen zugenommen. "Die zivilen Opfer im Zusammenhang mit militärischen Operationen führten zu einem Vertrauensverlust bei der afghanischen wie der internationalen Öffentlichkeit"<sup>2</sup>, so der Bericht weiter. Auch die großen Hilfswerke plädieren mittlerweile für einen Kurswechsel in der deutschen Afghanistan-Politik und fordern etwa eine "strikte Trennung" von "militärischen und zivilen Aufgaben."<sup>3</sup>

*Setzt jetzt nicht rasch ein grundlegendes Überdenken des Gesamtengagements in Afghanistan ein, droht die Lage innerhalb des nächsten halben Jahres endgültig zu kippen.*

Afghanistan braucht jetzt im Rahmen einer politischen Lösung den Beginn eines moderierten Friedensprozesses und nicht die Intensivierung aussichtsloser und ungeeigneter militärischer Gewalt. „Es muss ein grundlegender Strategiewechsel stattfinden - weg von der militärischen Aufstandsbekämpfung, hin zum zivilen Aufbau. Wir müssen mit den Taliban verhandeln, solange sie militärisch noch nicht so stark sind, dass sie nicht zu verhandeln brauchen!“<sup>4</sup> Realismus und Weitblick fordern dies ein.



## 2. Operation Enduring War und ISAF

„Krieg soll nur um des Friedens willen begonnen werden in dem Sinne, dass nach seinem Ende alle Waffengewalt aufhört.“<sup>5</sup>

Einhellig sprechen sich Bündnis 90/Die Grünen mittlerweile für eine sofortige Beendigung von OEF aus. Wir halten diese Haltung des Bundesvorstandes und der Bundestagsfraktion

<sup>1</sup> Jürgen Trittin am 16.06.2007: <http://www.gruene-bundestag.de/cms/bundestagsreden/dok/186/186847.htm>

<sup>2</sup> Isaf steht vor "fast unlösbarem Problem", Zit. n.: tagesschau.de, 07.07.2007, [http://www.tagesschau.de/aktuell/meldungen/0,1185,OID7069012\\_NAV\\_REF1,00.html](http://www.tagesschau.de/aktuell/meldungen/0,1185,OID7069012_NAV_REF1,00.html).

<sup>3</sup> Caritas international, Presse-Information, 13.06.2007.

<sup>4</sup> Robert Zion, in : taz, 13.07.2007.

<sup>5</sup> Baruch De Spinoza, Tractatus Politicus, 1677, Kap. 6, § 35.

für richtig und notwendig und begrüßen sie ausdrücklich. Denn ein militärisch verstandener „Krieg gegen den Terror“ ist nicht zu gewinnen. Die Wahrheit der *Operation Enduring Freedom* lautet *Operation Enduring War* – der permanente, schmutzige Krieg als Normalzustand. Mittlerweile muss selbst die US-Regierung zugeben, dass al-Qaida wieder nahezu die Stärke von 2001 erreicht hat.<sup>1</sup> Der US-geführte „Krieg gegen den Terror“ vor allem im Irak und in Afghanistan erweist sich als höchst kontraproduktiv und treibt geradezu junge Frauen und Männer in die Arme der radikalen islamistischen Terroristen. Mit dieser falschen und die Wertebasis des Westens aushöhlenden Strategie ist die gegenwärtige US-Regierung auf dem besten Weg, den vielbeschworenen „Kampf der Kulturen“ zu einer für den Weltfrieden höchst gefährlichen sich selbst erfüllenden Prophezeiung werden zu lassen.

*OEF muss SOFORT beendet werden. Bündnis 90/Die Grünen sind dazu aufgerufen, bei der Bundesregierung, den anderen Parteien und in der Öffentlichkeit mit aller Macht auf eine Beendigung dieses mit zunehmend brutaleren militärischen Mitteln geführten, nicht ziel-führenden und kontraproduktiven „Krieges gegen den Terror“ zu drängen.*

Gerade in Afghanistan gefährden die OEF-Operationen völlig den zivilen Wiederaufbau und damit alles bisher Erreichte. Zu dem notwendigen Realismus und Weitblick gehört aber auch die Feststellung, dass es in der taktischen Kampfführung vor Ort<sup>2</sup> und auch in den Kommandostrukturen eine Verschränkung von OEF und ISAF gibt. So werden alle Einsätze westlicher Kampfflugzeuge von der US-Kommandozentrale in Katar gesteuert; der Kommandant von OEF, der US-General David Rodriguez, ist zugleich Chef des Regionalkommandos Ost der ISAF. Ein argumentatives Sich-Zurückziehen auf Mandate und Legitimationsstrukturen würde weder militärisch noch politisch an diesen höchst problematischen Verschränkungen etwas ändern. Auch ist realistischerweise nicht davon auszugehen, dass die Familienangehörigen der in Kampfhandlungen getöteten ZivilistInnen vor Ort solcherlei Unterscheidungen vornehmen.

*Die Erfolgsaussichten von ISAF hängen nicht allein von der politischen Forderung nach einem Ende der OEF-Operationen ab, sondern ausnahmslos von deren **faktischer Beendigung**. Bündnis 90/Die Grünen (und unserer Meinung nach alle Parteien und PolitikerInnen der Bundesrepublik Deutschland) können ISAF nur dann weiter glaubwürdig mittragen, wenn gleichzeitig jegliche Unterstützung für OEF beendet wird.*

Der Erfolg von ISAF wird durch die auswegslose militärische Gewaltspirale in Afghanistan konterkariert. Eine Zustimmung zur Verlängerung des ISAF-Mandates muss deshalb an den Ausstieg aus der Gewaltspirale in Afghanistan geknüpft sein, die von OEF in den vergangenen Monaten intensiviert wurde. Darum muss im Sinne der friedenspolitischen Verantwortung der Partei die faktische Lage in Afghanistan und die tatsächlich verfolgte Strategie der NATO die Basis zukünftiger Entscheidungen von Bündnis 90/Die Grünen bilden. Aber: „Die normative Kraft des Faktischen kann kein Grund sein, auf Politik zur Normierung des Faktischen zu verzichten.“<sup>3</sup>

*Aufgabe von Bündnis 90/Die Grünen als Oppositionspartei im Deutschen Bundestag ist es, gegenüber der Bundesregierung und der NATO eine konsistente politische Alternative für das Gesamtengagement in Afghanistan zu entwickeln und zu vertreten.*

---

<sup>1</sup> Papier über al-Qaida alarmiert die USA, in: Die Welt, 12.07.2007, [http://www.welt.de/politik/article1021992/Papier\\_ueber\\_al-Qaida\\_alarmiert\\_die\\_USA.html?r=RSS](http://www.welt.de/politik/article1021992/Papier_ueber_al-Qaida_alarmiert_die_USA.html?r=RSS).

<sup>2</sup> Vgl. hierzu die Rede von Jürgen Trittin vor dem Deutschen Bundestag auf Seite 2.

<sup>3</sup> Ludger Volmer, Die Grünen und die Außenpolitik – ein schwieriges Verhältnis, Münster 1998, S. 577.

Bündnis 90/Die Grünen müssen zu einer treibenden Kraft eines dringend erforderlichen Friedensprozesses für Afghanistan werden.



### 3. Die RECCE-Tornados

Auf ihrer Bundesdelegiertenversammlung am 03.12.2006 in Köln haben Bündnis 90/Die Grünen folgenden Beschluss gefasst:

„Bündnis 90/Die Grünen fordern deutliche Kurskorrekturen in der deutschen und internationalen Afghanistanpolitik. Sonst könnte auch aus dem Einsatz von ISAF im Süden und Osten ein kontraproduktiver Einsatz werden, der nicht mehr Sicherheit schafft, sondern Hass und Gewalt verstärkt. Eine Erweiterung des Bundeswehrmandates auf den afghanischen Süden lehnen wir ab, weil die Bundeswehr bereits das drittgrößte Kontingent stellt und eine große Verantwortung im Norden übernommen hat. Der Norden darf nicht destabilisiert werden. Gleichzeitig kann sich die Bundeswehr auch aus Gründen der Bündnissolidarität einer akuten Nothilfe für in Bedrängnis geratene alliierte Truppen im Süden des Landes nicht entziehen. Solche Einsätze dürfen jedoch Sicherheit und Stabilität im deutschen Verantwortungsbereich im Norden nicht gefährden und nicht zu einer dauerhaften Erweiterung des Operationsgebiets der Bundeswehr führen (...).“<sup>1</sup>

Die jüngsten Entwicklungen im Land bestätigen die Richtigkeit der Forderung nach einem Umsteuern und einer Neuausrichtung der internationalen Afghanistan-Strategie. Mit der Entscheidung für einen Kampfeinsatz deutscher Tornados haben die Bundesregierung, der Bundestag sowie die Mehrheit der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen für uns die falschen Konsequenzen gezogen. In diesem Sinne stellte der KV Vulkaneifel (Rheinland-Pfalz) in einem ersten Antrag zur Sonder-BDK richtiger Weise fest:

„Mit dem Tornado-Einsatz ist nicht auszuschließen, dass die Bundeswehr die von uns abgelehnten militärischen Einsätze der US-Streitkräfte im Süden Afghanistans unterstützt. Da die Oberkommandos von ISAF und OEF zwar formal, aber nicht personell getrennt sind, ist es weltfremd anzunehmen, dass die im Mandat vorgegebene Trennung eingehalten werden kann und somit können die Tornados zumindest auch Ziele feststellen und zeitnah an das militärische Hauptquartier im Süden melden, die anschließend mit Raketen und Bomben aus der Luft angegriffen und zerstört werden. Diese Art der Kriegsführung der USA im Süden Afghanistans hat in den letzten Jahren nicht dazu geführt, dass islamistischer Terrorismus wirksam bekämpft wird. (...) Die 70 Millionen Euro, die für den Tornado-Einsatz jährlich ausgegeben werden, sind viel sinnvoller beim Aufbau der zivilen Infrastruktur einzusetzen. Darüber hinaus fehlt der Nachweis für den sinnvollen Einsatz und Nutzen der Tornados für den zivilen Aufbau. Deshalb lehnen Bündnis 90/ Die Grünen den Einsatz der Bundeswehr-Tornados ab!“<sup>2</sup>

<sup>1</sup> Für eine erfolgreiche Afghanistan-Politik! Friedenssicherung braucht ein politisches Konzept. Beschlossen auf der 26. Bundesdelegiertenkonferenz 1.-3. Dez. 2006, Köln.

<sup>2</sup> Afghanistan braucht dringend einen Strategiewechsel für eine zivile und politische Offensive! Antrag für Bundesdelegiertenkonferenz 2007, ggf. für die Sd.-BDK. Antragsteller/innen: KV Vulkaneifel, einstimmiger KMV-Beschluss (1 Enth.) vom 02.07.2007 in Kelberg.

Auch Claudia Roth bestätigte die bestehenden Unklarheiten noch am 14.07.2007 gegenüber dem Berliner TAGESSPIEGEL: „Von der Bundesregierung werden keine Informationen darüber geliefert, was mit den Aufklärungsergebnissen passiert und ob die Regierung auf die Verwendung des Materials Einfluss nehmen kann.“<sup>1</sup> Zudem gehen wir davon aus, dass mit der Entsendung von Bundeswehr-Tornados und deren unklarem Einsatz in Gesamt-afghanistan, das bisher positive Engagement und die Sicherheit der Bundeswehr im Norden ernsthaft gefährdet ist. Darum erteilen wir Plänen der SPD, das Mandat für die sechs Flugzeuge und die 200 Soldaten in das ISAF-Mandat zu integrieren, oder gar Plänen der NATO, das zunächst bis zum 13. Oktober begrenzte Mandat für die Tornados unbefristet zu verlängern<sup>2</sup>, eine klare Absage.<sup>3</sup>

*Eine Verlängerung des Tornado-Mandates für Afghanistan über den 13. Oktober 2007 hinaus oder gar eine Integration dieses Mandates in das ISAF-Mandat lehnen wir ab. Der Parteitagbeschluss vom Dezember 2006 in Köln ist insofern zu präzisieren, als dass die klare Ablehnung der „dauerhaften Erweiterung des Operationsgebiets der Bundeswehr“ auf sämtliche Waffensysteme ausgeweitet wird, die unmittelbar oder mittelbar der offensiven Kampfführung der NATO dienen.*

Das Zurückholen der im Einsatz teuren, in ihrer militärischen Anwendung unklaren und die Sicherheit der Bundeswehr im Norden gefährdenden RECCE-Tornados ist zugleich mit der politischen Einforderung und Formulierung eines Befriedungs- und Friedensplanes für Gesamtafghanistan zu verbinden.

#### **4. Petersberg 2: Dreistufiger Befriedungs- und Friedensplan für Afghanistan**

„Wenn dieser Krieg nicht gewonnen werden kann, kann der Frieden nur hergestellt werden, wenn der Krieg beendet wird. Das ist elementarste Logik.“<sup>4</sup>

Zur Entwicklung einer konsistenten politischen Alternative von Bündnis 90/Die Grünen für das Gesamtengagement in Afghanistan ist die klare Ablehnung einer Mandatierung von OEF und der RECCE-Tornados im Herbst diesen Jahres im Bundestag ebenso notwendig, wie eine grundlegende Neuausrichtung der Strategie von ISAF im Rahmen eines nun zeitnahe anzustrebenden Friedensprozesses.

Der Abzug der NATO aus Afghanistan, wie in der jüngsten Presseerklärung der „Grünen Friedensinitiative“ gefordert<sup>5</sup>, ist gegenwärtig unter humanitären Gesichtspunkten nur in einem verantwortbaren Zeitraum und unter der Prämisse eines erfolgversprechenden und zeitnahen Lösungseinstieges in einen Friedensprozess vertretbar und tragfähig.

Wir schlagen daher bis zur außerordentlichen Bundesdelegiertenkonferenz am 15. Septem-

<sup>1</sup> Claudia Roth: „Zum beschränkten Einsatz bekennen“, in: Tagesspiegel, 14.07.2007, <http://www.tagesspiegel.de/politik/International-Die-Gruenen-Claudia-Roth;art123,2339069>.

<sup>2</sup> Nato fordert unbefristeten Tornado-Einsatz, in: Spiegel-online, 30.06.2007.

<sup>3</sup> Auch der Landesvorstand der Grünen NRW hat bereits am 12.07.2007 mit großer Mehrheit bei zwei Enthaltungen den Einsatz der Tornados in Afghanistan abgelehnt ([http://www.gruene-nrw.de/031\\_2007.10017.0.html](http://www.gruene-nrw.de/031_2007.10017.0.html)). Gleiches gilt für den Beschluss der NRW-Grünen am 16.-17. Juni 2007 auf der LDK in Bochum: „Afghanistan braucht eine politische Lösung“.

<sup>4</sup> Robert Zion, in: Einsatz in Afghanistan - Terror in Deutschland? PHOENIX Runde vom 04.07.2007.

<sup>5</sup> Sonderparteitag soll Abzug der NATO-Truppen aus Afghanistan verlangen! Presseerklärung der „Grünen Friedensinitiative“, Hamburg/Münster 14.07.2007, [http://www.gruene-friedensinitiative.de/texte/070714\\_pm\\_sonder-bdk.html](http://www.gruene-friedensinitiative.de/texte/070714_pm_sonder-bdk.html)

ber eine breite und offene innerparteiliche Diskussion eines dreistufigen Befriedungs- und Friedensplanes für Afghanistan vor, wie er von dem Afghanistan-Experten Christoph R.Hörstel<sup>1</sup> im Juni 2007 vorgelegt wurde.<sup>2</sup> Auch dort wird die Entwicklung der Lage und die noch realistisch einzuschätzende Zeitschiene für eine grundlegende Umkehr der NATO-Strategie in Afghanistan als bereits sehr kritisch eingeschätzt:

„Der Trend und die Zeit in Afghanistan arbeiten nicht für die NATO, sondern für den Widerstand. Deshalb ist es unverzichtbar, so schnell wie möglich in geordnete Verhältnisse zurückzukehren. Diese lassen sich nur gemeinsam mit dem Widerstand und allen anderen relevanten politischen Kräften in Afghanistan erreichen – und nur dann, wenn rechtzeitig gehandelt wird, das heißt, noch innerhalb der kommenden sechs Monate.“

Neben der Beendigung von OEF und der abzulehnenden Neumandatierung der Bundeswehr-Tornados, umfasst der Friedensplan eine nur bedingte Zustimmung zu ISAF unter der Prämisse eines noch in diesem Jahr zu erfolgenden Lösungseinstieges unter folgenden vier Grundbedingungen:

- Die NATO-Staaten verzichten auf hegemoniale, religionsphilosophische, soziale, wirtschaftliche und andere Zielvorgaben, die den Frieden und eine demokratisch legitimierte, souveräne und verantwortungsfähige Regierung in Afghanistan gefährden und terroristische Aktivitäten provozieren.
- Alle politisch relevanten Gruppen in Afghanistan müssen ohne Parteiverbot in den künftigen politischen Prozess in Afghanistan eingebunden werden.
- Das in der Vergangenheit durch Interessenpolitik in Afghanistan aktive Ausland ist durch das Konzept eines Beratungsgremiums, entfernt ähnlich der Fünfergruppe für Bosnien, im Rahmen einer Konferenz einzubinden. Darin wird die künftige Nichteinmischungspolitik dieser Mächte bindend und mit nachzuhaltender Sanktionsmöglichkeit vertraglich festgelegt.
- Für Afghanistan wird ein etwa dreijähriger, vertrauensbildender Friedensprozess aufgelegt, mit zeitlich festgelegten stufenweisen Zielvorgaben und daran gekoppelter steigender Entwicklungshilfe bei sinkender internationaler Truppenpräsenz.

Hierauf aufbauend kann der eigentliche Friedensplan formuliert werden, der eine mediations-



<sup>1</sup> Afghanistan-Experte, Regierungs- und Unternehmensberater. Experte für Islamismus und Terror und seit 1985 mit Erfahrungen aus erster Hand in Afghanistan and Pakistan unterwegs, wo er auch als Regierungsberater tätig war. Im Frühjahr 2006 begann Hörstel seine Tätigkeit als Coach für ausgewählte Führungskräfte der deutschen ISAF-Truppe im Fach „Landeskunde Afghanistan“, inzwischen ist er dort der einzige Coach für dieses Fachgebiet. Im WS 2006/7 lehrte Hörstel am „Institut für Friedensforschung und Sicherheit“ der Universität Hamburg zum Thema: „Terror-Mediation am Beispiel Afghanistan“.

<sup>2</sup> Christoph R. Hörstel: Nachhaltiger Friede in Afghanistan, 23.06.2007 (Der Abdruck im Folgenden und die Verbreitung erfolgt mit Genehmigung des Autors).

gestützte, multilaterale und multinationale Befriedungsbemühung in einem dreistufigen Prozess umfasst. Den Einstieg sollte ein Pilotprojekt bilden, das in einer ausgewählten Provinz (Vorschlag: Kunduz) mit nicht zu geringem Widerstandsaufkommen die grundsätzliche Bereitschaft und Fähigkeit aller Beteiligten für den gesamten Prozess beispielhaft und praktisch erprobt.

Das Projekt beginnt auf etwa der folgenden Grundlage:

- Keine Aktionen oder Vorbereitungen dafür durch den Widerstand
- Rückkehrrecht für alle Flüchtlinge
- Keine Aktionen/Repressionen durch staatliche Institutionen, Warlords oder Besatzungstruppen
- Sofortige Aufstockung der Entwicklungshilfe, evtl. deren strategische Ausrichtung/Neuordnung<sup>1</sup>

Das Projekt durchläuft drei Entwicklungsstufen, die jeweils nur erreicht werden, solange der Frieden hält:

### **Jahr 1: Befriedung**

Beginn der Rückkehr der Flüchtlinge. Landesübliche Bewaffnung zur persönlichen Selbstverteidigung wird geduldet – und kontrolliert. Kampfvorbereitungen werden nicht geduldet, auch hierfür ist eine höhere Entwicklungshilfe und die Einrichtung eines Gremiums aller Beteiligten (zur Selbstkontrolle der Gruppen und Sanktionierung von Kampfvorbereitungen) anzustreben. Ende jeglicher politischen Unterdrückung. Ende aller OEF-Aktivitäten. Vermeidung von Provokationen. Start vertrauensbildender Maßnahmen.

### **Jahr 2: Demokratisierung**

Wahlen zur Provinzregierung. Schrittweiser Abzug fremder Truppen. Fortführung der begonnenen Aktivitäten. Jeglicher Beeinflussungsversuch für den Ausgang der Wahlen ist zu unterbinden, die Durchführung und der Schutz der Wahlen selbst unter neutrale Kontrolle zu stellen. Dies ist besonders mit dem Widerstand eng abzustimmen.

### **Jahr 3: Souveränisierung**

Vollendung des Truppenabzugs. Fortführung der begonnenen Aktivitäten.

Das Projekt soll, soweit der Frieden hält, in drei Jahresstufen ganz Afghanistan erreichen:

**Stufe 1, 1. Jahr: Pilotprovinz, Vorschlag: Kunduz** (Grundsätzlich kommt jede Provinz dafür in Frage).

**Stufe 2, 2. Jahr: zwölf weitere Provinzen**, ohne Gebietsvorgabe, jedoch wird angeregt, Gebiete mit deutscher Sicherheitsverantwortlichkeit bevorzugt einzubeziehen.

**Stufe 3, 3. Jahr: Ausweitung auf ganz Afghanistan.**

Rein rechnerisch ergibt sich also, dass das Gesamtprojekt mindestens eine Laufzeit von fünf

---

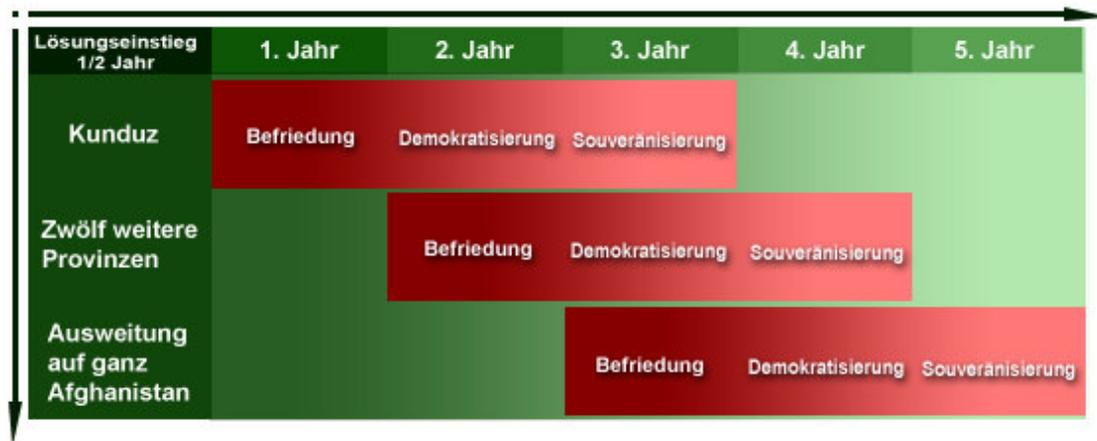
<sup>1</sup> Eine solche Neuordnung hat Hörstel im Herbst 2002 im Auftrag des Gouverneurs der Provinz Nangarhar erstmals in Afghanistan in einer viertägigen Findungskonferenz mit der gesamten Provinzregierung durchgeführt. Sofort-Erfolg damals: 20 mio. US-Dollar Zusatzmittel für die Provinzentwicklung. Weitere Schritte dieser Neuordnung sind:

1. nationale Genehmigung der notwendigen Mittel
2. lokale Verankerung der Einzelprojekte

Hörstel hat mit allen Einzelschritten dieses Programms unter schwierigen Umständen und in Hochrisiko-Gebieten in Afghanistan positive Erfahrungen sammeln können.

Jahren erreicht, bis alle fremden Truppen vollständig abgezogen sind. Eminent wichtig ist hierbei, dass das Militär in den Projektgebieten mit äußerster Zurückhaltung vorgeht, es nimmt hierbei eher eine Polizei-Rolle ein und könnte auch durch derartige Kräfte ersetzt werden, wenn die Ausrüstung „stimmt“. Militärische Widerstandsaktivitäten unterbrechen den Prozess zunächst – und können ihn bei Fortführung auch beenden. NATO-Staaten und andere Mitglieder der Anti-Terror-Koalition verpflichten sich, den Prozess weder direkt noch indirekt, weder offen noch verdeckt zu: beeinflussen, stören, behindern, unterminieren, bremsen, verhindern. Der gesamte Prozess wird gestützt durch hohe Leistungen der Entwicklungshilfe, die in einem weiteren Fünfjahresplan schrittweise auf das weltweit übliche Maß herabgesetzt werden können.

Der Prozess wird begleitet durch umfangreiche Mediationsmaßnahmen.



**ZEITSHEMA: Zeitlich festgelegte stufenweise Zielvorgaben / Transformation des Militärischen zum Polizeilichen / Aufbau selbsttragender Strukturen und mittelfristiges Disengagement**

## 5. Schlussbemerkung

Im hier skizzierten Befriedungs- und Friedensplan wäre die bedingte Fortsetzung von ISAF an eine Aufstockung der Entwicklungs- und Aufbauhilfe von ca. € 70 Millionen gebunden, die in der Pilotprovinz (Kunduz) zu konzentrieren sind. Dies entspräche in etwa den Kosten des Tornado-Einsatzes für ein Jahr. Diese notwendige Umschichtung der Mittel, verbunden mit einer konsequenten Transformation des Militärischen hin zum Polizeilichen, zielt vor allem auf einen Aufbau selbsttragender Strukturen in Afghanistan und ein mittelfristiges Disengagement. Erst kürzlich betone Jürgen Trittin die Notwendigkeit der Formulierung einer gemeinsamen Zielformel: „Wir brauchen Weichenstellungen, die zu einer Exit-Option führen. (...) Die Bündnisgrünen werden im Bundestag die Entwicklung in Afghanistan weiterhin aktiv mit dem Ziel begleiten, ‚möglichst viel von den erreichten positiven Entwicklungen zu erhalten‘ und den Einsatz ausländischer Polizei- und Militärkräfte in einem ‚verantwortbaren Zeitraum‘ zu beenden.“<sup>1</sup>

Die besondere Verantwortung für Afghanistan – für den zivilen Aufbau, die Mädchenschulen und die Befriedung des Landes –, der sich die Grüne Wähler- und Mitgliederschaft mehr als die anderer Parteien bewusst ist, verlangt jetzt ein Umdenken, eine Umkehr von dem

<sup>1</sup> Jürgen Trittin: SCHREIBEN VOM 09.07.2007 an Wilhelm Achelpöhl.

falschen Weg der militärischen Eskalation – solange dies die Zeit noch erlaubt. Die Betonung richtiger Ziele rechtfertigt die Anwendung der falschen Mittel nicht, im Gegenteil: ein „weiter so, wie bisher“ würde sämtliche Ziele in Frage stellen.

Der darum nun notwendige Friedensprozess (Petersberg 2) muss ISAF wieder in die Lage versetzen, ihren ursprünglichen, auf der Petersberger Konferenz (Bonner Vereinbarung) vorformulierten und hiernach im Weltsicherheitsrat der Vereinten Nationen am 20. Dezember 2001 beschlossenen Auftrag zu erfüllen: Sie soll im Auftrag und unter dem Dach der Vereinten Nationen die afghanische Regierung bei der Wahrung der Menschenrechte, dem Wiederaufbau, der Auslieferung humanitärer Hilfsgüter und der geregelten Rückkehr von Flüchtlingen sowie bei der Herstellung und Wahrung der inneren Sicherheit unterstützen.



Realismus und Verantwortung verlangen darum jetzt den Beginn dieses Friedensprozesses, denn mit diesem Krieg ist kein Frieden mehr zu machen.

#### **ErstunterzeichnerInnen:**

Robert Zion (Ansprechpartner, Kreisvorstand Gelsenkirchen)  
 Simon Lissner (Ansprechpartner, Kreisvorstand Limburg-Weilburg)  
 Richard Janus (Ansprechpartner, Vorstand RV Wartburgkreis/Stadt Eisenach)  
 Karl-Wilhelm Koch (Ansprechpartner, Geschäftsführer KV Vulkaneifel)  
 Ralf Henze (Ansprechpartner, KV Odenwald-Kraichgau)

Peter Alberts (Kreisvorstand Münster)  
 Arvid Bell (KV Euskirchen)  
 Hartwig Berger (KV Charlottenburg-Wilmersdorf, Sprecher der BAG Energie)  
 Stefan Blank (KV Bodenseekreis)  
 Monika Blank (KV Bodenseekreis, Vorsitzende OV Friedrichshafen, Stadträtin)  
 Christian Brugger (KV Tübingen, Schatzmeister Grüne Jugend Baden-Württemberg)  
 Angela Dorn (Vorstand der Grünen Jugend Hessen, Vorstand Stadtverband Marburg)  
 Peter Hettlich (MdB, KV Torgau-Oschatz)  
 Oliver Hildenbrand (Landesvorsitzender Grüne Jugend Baden-Württemberg, KV Main-Tauber)  
 Markus Hochgartz (Kreisvorstand Oldenburg-Stadtverband)  
 Oliver Keymis (MdL, NRW, KV Neuss)  
 Sylvia Kotting-Uhl (MdB, KV Karlsruhe-Stadt)  
 Wolfgang Küppers (Vorstandssprecher Gelsenkirchen)  
 Ulrich Langhorst (Vorstandssprecher Dortmund)  
 Ute Lauterfeld (Kreisvorstand Landsberg, Sprecherin der Grünen Alten, Bayern)  
 Monika Lazar (MdB, KV Leipzig-Land)  
 Sven Lehmann (KV Köln, Landesvorstand NRW)  
 Agnieszka Malczak (Kreisvorstand Tübingen, Landesvorsitzende Grüne Jugend Baden-Württemberg)  
 Hans-Christian Markert (KV Neuss)  
 Bernd Matzkowski (KV Gelsenkirchen, Stadtrat)  
 Bärbel Maxisch (Vorstandssprecherin und Fraktionsvorsitzende KV Kassel-Land)  
 Christian Meyer (KV Holzminden, Mitglied im Parteirat Niedersachsen)  
 Ario Ebrahimpour Mirzaie (KV Köln, Bundesvorstand Grüne Jugend)  
 Dora Pfeifer-Suger (KV Breisgau-Hochschwarzwald, Kreisrätin und Stadträtin)

Gisela Rexrodt (Dezernentin für Bauen, Umwelt und Verkehr/Eisenach)  
Barbara Richter (Vorstandssprecherin Hagen)  
Alexander Rodis (Kreisvorstand Berlin-Lichtenberg)  
Jörg Rupp (KV Karlsruhe-Stadt, Sprecher der LAG Ökologie, Baden-Württemberg)  
Daniela Schneckenburger (KV Dortmund, Landesvorsitzende NRW)  
Andrea Schwarz (Kreisvorstand Karlsruhe-Land)  
Katharina Spiel (KV Weimar, Landessprecherin der Grünen Jugend Thüringen)  
Till Westermayer (Kreisvorstand Breisgau-Hochschwarzwald)